

W13

Siehe auch
W65

Warburg,

Dr. Rudolf

* 11. 10. 1893
Hamburg.

jetzt: 6, Woodside, West Horsley
Surrey
England



Dankesakte

W13

Warburg Ilse Gudrun, geb. Ohlschäusen
(Name, Vorname des Berechtigten)

Aktenzeichen: W 13

Lfd. Nr.	Zweckbestimmung	DM	DM	Name des Feststellers	Bl. der Akte
1	2	3	4	5	6
I. 1	Rückerstattungsanspruch gem. Bescheid v. 19. 5. 1959 nach § 38 BRÜG	13.747,73	—	lua	Bl. Nr. 21 d. BeschAkte
2	19. 5. 1959	1.462,69	—	lua	Bl. Nr. 71 d. BeschAkte
3	25. 7. 1961	4.404,51	—	3f	Bl. Nr. 84 d. BeschAkte
4			—		Bl. Nr. d. BeschAkte
II.	Gewährte Darlehen, Vorschüsse, Zahlungen gemäß § 32 BRÜG:				
1	Darlehen mit Auszahlungsanordnung vom 6. 4. 1957	—	9.611,43	lua	Bl. Nr. 10 d. Besch. - A
2	Erfüllungszahlung mit Auszahlungsanordnung vom 9. 6. 1959	—	3.536,30	lua	Bl. Nr. 62 d. B. - A
3	Erfüllungszahlung mit Auszahlungsanordnung vom 8. 7. 1959	—	1.462,69	lua	Bl. Nr. 79 d. B. - A
4	Erf. Zahlung mit Auszahlungsanordnung vom 3. 8. 1961	—	4.404,51	3f	Bl. Nr. 92 d. B. - A
5	mit Auszahlungsanordnung vom	—			Bl. Nr. d.
6	mit Auszahlungsanordnung vom	—			Bl. Nr. d.
7	mit Auszahlungsanordnung vom	—			Bl. Nr. d.
8	mit Auszahlungsanordnung vom	—			Bl. Nr. d.

RUDOLF WARBURG

6, WOODSIDE,

WEST-HORSLEY,

SURREY.

27. 9. 1947 ,

An den

Herrn Oberfinanzpraesidenten Hamburg
Hamburg

Von 1939 (ich bin im Maerz 1939 von Caprivistr. 36, Hamburg - Blankenese nach England verzogen) bis zum Ende des Krieges sind verschiedene meiner Bankkonten u. s. w. von den Nazibehoerden beschlagnahmt worden und die Betraege teilweise an Ihre Behoerde zur Ablieferung gelangt. Ich bin im Begriff einen Antrag bei der Militaerregierung in Hamburg zu stellen, mir die Errichtung eines Sperrkontos auf einer deutschen Bank in Hamburg zu genehmigen und waere dankbar wenn Sie mich wissen lassen wuerden, ob die folgende Betraege, falls ich die Genehmigung seitens der Militaerregierung erhalte, auf mein zu erreichendes Sperrkonto ueberwiesen werden koennen,

Betrag	1	:	RM. 2.198,25
"	2	:	RM. 275,80
"	3	:	RM. 2.500.00

Was die Betraege zu 1) und 2) betrifft , so haben mir die Herren Brinkmann, Wirtz & Co. , Hamburg unter dem 13. 2. 47 u. a, wie folgt geschrieben :

"""" Betr. : Ihre bei uns gefuehrten RM.- Konten.

Am 15. 6. 1944 ueberwiesen wir den Saldo Ihres RM.- Kontos - Auswanderersperrguthaben - mit RM. 2.198,25 an die Oberfinanzkasse Hamburg. Die Ueberweisung erfolgte auf Veranlassung des Herrn Heinrich Schroeders, Hamburg - Hausbruch, Schanzengrund 15, zu dem Aktenzeichen : O 5210 - W19 - V 1. Es ist aus unseren Unterlagen nicht ersichtlich, auf Grund welcher Verfuegung der Betrag abgefuehrt wurde.

Ebenfalls auf Veranlassung von Herrn Schroeder ueberwiesen wir am 1. 8. 44 den Saldo Ihres RM. -Kontos Sonderguthaben - mit RM. 275,80 an die Oberfinanzkasse des Oberfinanzpraesidenten Hamburg. Aus unseren Unterlagen geht hervor, dass diese Ueberweisung auf Grund der Einziehungsverfuegung des Oberfinanzpraesidenten Hamburg vom 17. 6. 44 - Vermoegensverwaltungsstelle - Akt. Zeichen : O - 5210 - W19 - V 1 erfolgte. """"

Der Betrag zu Ziffer 3 stammt aus einer Processsache gegen Stucken. Mein Vertreter, Herr Rechtsanwalt und Notar Dr. Hugo Moeller , Hamburg - Othmarschen, Reventlowstr. 46 schrieb mir dazu am 29. 4. 1946 wie folgt :

B. W.

"""" Der Stuckenprocess ist bei mir natuerlich schon nach dem inzwischen Vorgefallenen ganz in Vergessenheit geraten. Leider musste ich die aus den von Stucken wieder zurueckgezogenen Kosten nach einer zwischen Herrn Schroeder und mir vorgenommenen Abrechnung Ihnen persoenlich zukommenden RM. 2.500.- an Oberfinanzpraesidenten abfuehren. """" Ich nehme an, dass die Einziehung dieses Betrages von R. in 1943 oder 1944 erfolgt ist.

Alle diese unter Ziffer 1, 2 u. 3 aufgefuehrten Betraege duerften wohl als unstreitig mir gehoerig zu betrachten sein, sodass an und fuer sich eine Rueckueberweisung dieser Betraege auf mein Sperrkonto, falls die Militaerregierung dem zustimmt, koennte.

Ich habe formell diese Betraege zusammen mit anderen Forderungen bei den zustaeendigen englischen Behoerden angemeldet und Rueckzahlung dieser Betraege nebst 5% Zinsen seit Einziehungstag geltend gemacht. Die Frage einer Zinsverguetung wird vielleicht von Ihnen im Augenblick nicht geregelt werden koennen und muesste gegebenenfalls einer spaeteren Entscheidung vorbehalten bleiben. Ich bin aber der Ansicht, dass unstrittige Kapitalbeträge wie die von mir oben erwahnten an sich zur Rueckzahlung gelangen koennten, falls die Militaerregierung dem zustimmt.

Ich waere Ihnen dankbar wenn Sie mich baldigst ueber meine ~~Stellungnahme~~ wissen lassen wuerden.

Hochachtungsvoll

W. K. H. H. H.

PER LUFTPOST .

Hamburg, den 7. Juni 1944.

Vorläufige Sicherungs-Verordnung

Ich, O. die 11. Juni 1944

am 11. 59, 62 Devisengesetz

am, 1944

11.10.1903 zu Hamburg

OF WARBURG

O. Woodside, 10
West Haverhill

Abschrift.

Oberfinanzpräsident
Hamburg

Hamburg 11, 5. Juni 1944
Rödingsmarkt 83

Tel. 331501
331038

210 - W 19 - V 1

al 3 - Abschnitt b

Herrn

Dr. Hugo Israel Möller, Konsulent

Hamburg - Othmarschen, Reventlowstr. 46

Betr.: Vermögensverfall.

Das Vermögen des Rudolf Israel Warburg früher in Hamburg, jetzt im Ausland, ist auf Grund des § 3 der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 (Reichsgesetzblatt I Seite 722) dem Reich verfallen.

Die Verwaltung und Verwertung des verfallenen Vermögens ist mir übertragen worden.

Zum verfallenen Vermögen gehört das von Ihnen angemeldete Guthaben: aus einer Prozesssache ca. 2.500.-- RM.

Ich bitte, das Guthaben nebst den inzwischen aufgelaufenen Zinsen unter Angabe des obigen Aktenzeichens an die Oberfinanzkasse Hamburg, Hamburg 11, Rödingsmarkt 83, auf das Konto Nr. 2/111 bei der Reichsbankhauptstelle Hamburg einzuzahlen und mir entsprechende Mitteilung zu machen. Ihr Honorar von 55.20 RM. bitte ich in Abzug zu bringen. Sollte es sich erhöht haben, bitte ich den Mehrbetrag vor der Ueberweisung geltend zu machen.

Im Auftrag
gez. Dorfmann

L.S. Beglaubigt:
gez. Unterschrift
Oberzollsekretär

Hamburg, den 7. März 1939.

Vorläufige Sicherung, Normung

Ich habe heute

zu 59,62 Devisengesetz

F. WARBURG

Der Ober

6, Woodside,
West. Hovalev

an, dass

11.10.1893 zu Hamburg und

Abschrift.

AN DEN

Herrn Oberfinanzpräsidenten

Hamburg 11

Rödingsmarkt 83

O 5210 - N 19 - V 1

Titel 3 - Abschnitt b

Betr.: Vermögensverfall Dr. Rudolf Israel Warburg.
Ihr Schreiben vom 5. Juni 1944.

Ich habe heute weisungsgemäss RM. 2.444,80 an die
Oberfinanzkasse Hamburg überwiesen. Weitere Prozesskosten sind bisher
nicht entstanden und auch nicht mehr zu erwarten.

gez. Dr. Hugo Möller

bschrift.

sch. Zeichen der Zollfahndungsstelle Hamburg

D VIII 983/39

Hamburg, den 7. März 1939.

Vorläufige Sicherungsanordnung

Ich ordne hiermit auf Grund von §§ 59, 62 Devisengesetz vom 12.12.1938 mit sofortiger Wirkung an, dass

die Eheleute Dr. Rudolf Warburg geb. 11.10.1893 zu Hamburg und Ehefrau Ilse Warburg geb. Olshausen geb. am 16.1.1904 sowie

dessen Kinder Marion, Renate und Ruth, wohnn. Hamb.-Blank. Caprivistr. 8

1.) mit der nachstehend angeführten Ausnahme über

- a) die im Depot des Bankhauses Warburg & Co. KG. befindlichen Wertpapiere
- b) das Bankguthaben beim Bankhaus M. M. Warburg & Co. KG.
- c) die noch aussenstehenden Forderungen in Höhe von RM 7.500.--

nur mit schriftlicher Genehmigung der Devisenstelle Hamburg Hamburg 11, Gr.Burstah 31 (Hindenburghaus) verfügen dürfen.

2.) Ausnahme von Sicherungsanordnung:

Wertpapierverkäufe sind ohne Genehmigung zulässig, wenn der Erlös auf das gesperrte Konto bei dem Bankhaus M. M. Warburg & Co. auf das auch die Wertpapierestragnisse einzuzahlen sind, überwiesen wird.

3.) Besondere Auflagen:

Die noch aussenstehenden Forderungen in einer Gesamthöhe von RM 7.500.-- sind bei der Zahlung unmittelbar auf das gesperrte Konto bei dem Bankhaus M. M. Warburg & Co. KG. zu überweisen.

Gründe:

Warburg ist Jude.

pp.....

gez. Vierdemann, SS.

RUDOLF WARBURG

6, Woodside ,
West Horsley ,
Surrey.

22

An das

Gerichtsvollzieheramt Hamburg ,
Hamburg , Drehtbahn.

Auf Grund von mir angestellter Ermittlungen habe ich in Erfahrung gebracht, dass mein Umzugsgut, das im Jahre 1939 der American Express Company m. b. H. , Filiale Hamburg, uebergeben war, durch den Gerichtsvollzieher Bobsien versteigert worden ist. Von dem Genannten sind auf das bei der Deutschen Bank, Filiale Hamburg fuer die Staatliche Polizeileistungsstelle Hamburg gefuehrte Konto verschiedene Betraege ueberwiesen worden, und zwar sind nach Mitteilung der Deutschen Bank, Filiale Hamburg an mich vom 29. 9. 1947 folgende Posten festgestellt worden:

"""" 9.6. 1941 RM. 948.35.

Einzahlung des Gerichtsvollziehers Bobsien (Dienstkonto) mit dem Zusatz DR 36 Stb II 04/41. Versteigerungsauftrag 43.29.4.41 Tgb. II B2 - 2790/41 Umzugsgut Rudolf Warburg, Hamburg - Blankenese, Red. Sozialverw. RM77 und am 20.6. 1941 RM 80.25

Einzahlung des Gerichtsvollziehers Bobsien (Dienstkonto) mit dem Vermerk Versteig. Erl. 2 Liftvans Umzugsgut Rudolf Warburg.

Tgb. II B2 2790/41/5 7 DR 36/41 Stb. II 40/41.

""""""""""

bitte wenden .

Im Zusammenhang mit der Anmeldung und nach
Wiedergutmachungsansprüchen auf Grund der All-
gemeinen Verfügung der Britischen Mil-
itärregierung vom 20. 10. 1947, bitte ich
mir baldmöglichst eine Vollständige Ab-
schrift der Versteigerungsprotokolle, soweit
sie mein Umzugsgut betreffen, zu senden zu
wollen .

Hochachtungsvoll.

Eingegangen

7. Feb. 1949

Rechtsgericht Hamburg
Gerichtsvollzieher

Ur. dem Herrn
Oberfinanzpräsidenten

zuständigkeithalber übersandt. Abgabenschritt
an Antragsteller ist nicht erfolgt. Der Haus
ist auf Antrag der Gen. Staatspolizei am 20. Mai 49
versteigert. Liess. Aktenzeichen 57 DR. 74/49
Bto. Verst. Erlös RM. 3157.00. Der Soz. Verw. kreditiert
RM. 770.-- Der Netto Verst. Erlös ist am 7.5.49 an
Deutschen Bank Konto Staatspolizeileitstelle
Hamburg überwiesen.

Hamburg, den 10. Februar 1949

Gerichtsvollzieher

Die Privatpolizei pp.

sind am 11.6.41 dem jüd.

Religionsverband ausgeliefert.

Knappheit für Lager 2

Wien, Sonntag
Büro, England

der Knappheitsfall.

1. Knappheit für Lager 2. = 0.11 = 11

2. Knappheit für Lager 1. = 0.11 = 11

11.11.1948

500 - 11 (11) - 11.11.

4. Observation in der Knappheitsfall
für 11.11.1948.

der Knappheitsfall für 11.11.1948.
Die Knappheit für Lager 1. = 0.11 = 11.

der Knappheitsfall für 11.11.1948. für Lager 1. = 0.11 = 11.
5. DR 11.11.1948. für Lager 1. = 0.11 = 11.
11.11.1948. für Lager 1. = 0.11 = 11.
11.11.1948. für Lager 1. = 0.11 = 11.

11.11.1948. für Lager 1. = 0.11 = 11.
2.2.

11.11.1948.

11.11.1948.

11.11.1948.

11.11.1948.

der Knappheitsfall für 11.11.1948. für Lager 1. = 0.11 = 11.
11.11.1948. für Lager 1. = 0.11 = 11.

Abg. 14. Aug. 1948.

35

Bemerkungen

05210 - W19 (17) - 15.12.48

" Abfertigen des Antrags zum Vollstreckungsbefehl in Sachen Dr. Rudolf Wacker gegen seine Altverurteilung 57 DR Nr. 36 / 1. 11. 41 mit Haftbefehl vom 6. 50 Mkt am 10. III. für ein. Haftbefehl ganz als Vollstreckung an Nat. Pö. J. Hansen.

Kontroll-
Verfahren
Abg.
Ausg.-Masse.

2) Hansen an Frau Dr. Dr. Rudolf Wacker
6 Woodside

West Horsley. Surrey. England.

Lehr. Anzeigen mit:
Hr. Hansen vom 6. 11. 48.

- 1. 1. 48!

Unter Einwirkung auf den 3. Abf. mündlich Hansen vom 20. II - 28. IV. 48. Hansen Altverurteilung überführen. ^{zum Abfertigen} des gerichtlichen Haftbefehls = Vollstreckungsbefehl. Ist bekannt, dass die feststehenden Aufzeichnungen der Frauen auf dem Gerichtsweg für Hansen nicht mehr fest-
gestellt werden können.

4. 1. 48 L 16 4)

Nat. Pö (Org. Hansen) zur Fortsetzung des auftragsgemäßen Verfahrens auf Gerichtsweg für Hansen v. 9. III - 28. IV. 48. u. m. d. Hansen. wegen der Festlegung der Befehle.

3) Abfertigung für den 2. 1. 48 + Hansen ^{Lehr.} Hansen gegen 2. 1. 48 Hansen.

5) für Vorgelege d. Anweisung zum. Allgemein. Anweisung. Nr. 10.

6) Zwei Anträge W19 (17) bei Nr. 17 4 -
T. 2.

1. 1. 48

This Form should be completed in triplicate and forwarded to the Landrat of the Kreis or Oberbürgermeister of the Stadtkreis in which the Declarant is resident.

Dieser Vordruck ist in dreifacher Ausfertigung bei dem Landrat des Kreises oder Oberbürgermeisters des Stadtkreises, in dem der Erklärende wohnt, einzureichen.

In cases where the space provided is insufficient a supplementary page, bearing the number of the paragraph and sub-paragraph, should be annexed.

Reicht der vorgesehene Raum nicht aus, so ist ein mit der Ziffer des betreffenden Absatzes und Unterabsatzes versehenes Ergänzungsblatt beizufügen.

DECLARATION BY PRESENT OWNER OR CUSTODIAN OF PROPERTY WHICH HAS BEEN SUBJECT TO TRANSFER IN ACCORDANCE WITH PARAGRAPH 1 OF GENERAL ORDER No. 10

Erklärung des jetzigen Eigentümers oder Verwalters von Vermögen, das unter Artikel I Absatz 1 der allgemeinen Verfügung Nr. 10 fällt

Location of Property Örtliche Lage des Vermögens

(a) Land Hansestadt Hamburg (b) Kreis _____ (c) Gemeinde _____

Description of Person making Declaration Personalia des Erklärenden

(a) Surname (in Block Capitals) _____ (b) Christian Name(s) _____
 Familienname (in großen Blockbuchstaben) _____ Vorname(n) _____

(c) Address _____
 Anschrift _____

(d) Employment _____
 Beruf _____

(e) Identity Card No. _____
 Ausweis-Nummer _____

I. IMMOVABLE PROPERTY 1. UNBEWEGLICHES VERMÖGEN

(a) Description of Property _____
 Nähere Bezeichnung des Vermögens _____

(b) Location of Property _____
 Örtliche Lage des Vermögens _____

(c) Brief description of circumstances in which transfer was made (if known)
 Kurze Angabe der Umstände, unter denen das Vermögen übergegangen ist (soweit bekannt) _____

(d) Name and present address of person dispossessed (if known)
 Name und jetzige Anschrift des (der) Geschädigten (soweit bekannt) _____

(e) Name and present address of person or persons to whom transfer was made (if known)
 Name und jetzige Anschrift der Person(en), auf die das Vermögen übergegangen ist (soweit bekannt) _____

(f) Name and present address of person or persons from whom the property was acquired (if different from (e))
 Name und jetzige Anschrift der Personen, aus deren Hand das Vermögen erworben wurde (falls verschieden von (e)) _____

II. MOVABLE PROPERTY II. BEWEGLICHES VERMÖGEN

(a) Description of property _____
 Nähere Bezeichnung des Vermögens _____

(b) Location of property _____
 Örtliche Lage des Vermögens _____

(c) Brief description of circumstances in which transfer was made (if known)
 Kurze Angaben der Umstände, unter denen das Vermögen übergegangen ist (soweit bekannt) _____

(d) Name and present address of person dispossessed (if known)
 Name und jetzige Anschrift des Geschädigten (soweit bekannt) _____

(e) Name and address of person or persons to whom the transfer was made (if known)
 Name und Anschrift der Person(en), auf die das Vermögen übergegangen ist (soweit bekannt) _____

(f) Name and present address of persons from whom property was acquired (if different from (e))
 Name und jetzige Anschrift der Personen, aus deren Hand das Vermögen erworben wurde (falls verschieden von (e)) _____

Date
 Datum

19 März 48
 0.5270

- WT9/13 VT3H

Signed
 Unterschrift

Owner / Custodian
 (Eigentümer) (Verwalter)

Guthaben (Brinkmann & Wirtz, Co. Hbg) Rq 2.198.25
" " 275.80

" (Hr. Hugo Hiller, Rechtsanwalt, Hbg) Rq 2.444.80
an Oberfinanzkasse Hamburg.

Körtpapiere:-

Rq 1.300. - Deutsche Continentale Gasgl. Pessau Aktien
(Brinkmann & Wirtz, Co. Hbg) 28/7 44.
an Preuss Staatsbank (Seehandlung) Berlin

Hausstands erlöb:- (Gerichtsvollzieheramt Hbg)
Rq 1.718.35 76.47.

--- (Hahl, Auktionator, Hbg)
Rq 80.25 Juni 47.

an Staatsgewaltzeitung Hamburg.

This Form should be completed in triplicate and forwarded to the Zentralamt für Vermögensverwaltung (Britische Zone),
Bad Nenndorf, Land Niedersachsen.

Dieser Vordruck ist in dreifacher Ausfertigung bei dem Zentralamt für Vermögensverwaltung (Britische Zone) Bad Nenndorf, Land Niedersachsen, einzureichen.

In cases where the space provided is insufficient, a supplementary page, bearing the number of the paragraph and sub-paragraph, should be annexed.

Reicht der vorgesehene Raum nicht aus, so ist ein mit der Ziffer des betreffenden Absatzes und Unterabsatzes versehenes Ergänzungsblatt beizufügen.

CLAIM FOR RESTITUTION OF PROPERTY WHICH HAS BEEN SUBJECT TO TRANSFER IN ACCORDANCE WITH PARAGRAPH I OF GENERAL ORDER No. 10

Antrag auf Rückerstattung von Vermögen, das unter Artikel I Absatz 1 der allgemeinen Verfügung Nr. 10 fällt.

Location of Property / Örtliche Lage des Vermögens

(a) Land Harburg (b) Kreis Altona (c) Gemeinde Blankenese

Description of Person making Claim / Personalien des Antragstellers

(a) Surname (in Block Capitals) W a r b u r g (b) Christian Name(s) Rudolf plus Moritz
Familiennamen (in großen Blockbuchstaben) Vorname(n)
(c) Address 6 Woodside, West Hove, England
Anschrift
(d) Date and Place of Birth 11.10.1893, Altona/Elbe (e) Nationality Britisch
Geburtsdatum und Geburtsort Staatsangehörigkeit
(f) Employment Geschäftsführer (g) Identity Card No. WOJA 82/6
Beruf Ausweis-Nummer
(h) If not dispossessed owner, state title to make claim
Angaben über die Antragsberechtigung, falls der Antragsteller nicht der Geschädigte ist.

I. IMMOVABLE PROPERTY I. UNBEWEGLICHES VERMÖGEN

- (a) Description of Property. Estimated value at date of deprivation.
Nähere Bezeichnung des Vermögens. Geschätzter Wert am Tage der Wegnahme.
- (b) Location of Property
Örtliche Lage des Vermögens
- (c) Registration in Grundbuch or other Register
Eintragung im Grundbuch oder einem anderen Register
- (d) State whether :—
Angaben über Folgendes : **entfällt.**
- (i) Confiscation was made without payment ?
Ist auf Grund der Wegnahme Entschädigung geleistet ?
- (ii) Sold under duress ?
Fand der Verkauf unter Nötigung statt ?
- (iii) If the latter, what payment was made ?
Welche Gegenleistung wurde im letzteren Fall gewährt ?
- (e) Name and present address of person to whom transfer was made (if known)
Name und jetzige Anschrift der Person, auf die das Vermögen übergegangen ist (soweit bekannt)
- (f) Name and present address of present owner (if known, and different from (e)).
Name und jetzige Anschrift des heutigen Eigentümers (soweit bekannt und verschieden von (e))
- (g) Any other relevant details
Sonstige sachdienliche Angaben

II. MOVABLE PROPERTY / BEWEGLICHES VERMÖGEN

(a) Description of Property
Nähere Bezeichnung des Vermögens

Estimated value at date of deprivation
Geschätzter Wert am Tage der Wegnahme

Forderung

RM 25.000.--

(b) Location of Property
Örtliche Lage des Vermögens

Geheime Staatspolizei, Leitstelle Hamburg.

(c) Registration (if any)
Etwaige Eintragung in ein öffentliches Buch oder Register

Auf Antrag zu b) - Tgb.Nr. II B 2 279/41 ist das gesamte Umzugsgut des Antragstellers am 20. Mai 1941 durch Gerichtsvollzieher Bobsien, Hamburg - 57 DR 36/1941 versteigert worden. Die Versteigerung hat einen Bruttoerlös von nur RM 3.157,50 ergeben. Davon sind RM 770.-- für Ankäufe der Hamburgischen Sozialbehörde kreditiert worden. Der restliche Nettoerlös ist am 7.6.1941 der Geheimen Staatspolizei anbezahlt worden.

(d) State whether:—
Angaben über Folgendes:

(i) Confiscation was made without payment?
Ist auf Grund der Wegnahme Entschädigung geleistet?

(ii) Sold under duress?
Fand der Verkauf unter Nötigung statt?

(iii) If the latter, what payment was made?
Welche Gegenleistung wurde im letzteren Fall gewährt?

(e) Name and present address of person or persons to whom transfer was made (if known)
Name und jetzige Anschrift der Person(en), auf die das Vermögen übergegangen ist (soweit bekannt)

(f) Name and present address of present owner (if known and different from (e))
Name und jetzige Anschrift des heutigen Eigentümers (soweit bekannt und verschieden von (e))

(g) Name and present address of person or persons who may have knowledge of the present whereabouts of property
Name und jetzige Anschrift von Personen, die von dem Verbleib des Vermögens Kenntnis haben können

(h) Any other relevant details
Sonstige sachdienliche Angaben

NOTE. In the case of a claimant resident *outside* Germany, give full particulars of the person *inside* Germany to be nominated to accept service of legal papers and notices on his behalf (if no such person is nominated by the claimant an Agent will be appointed by the Restitution Authority on his behalf).

Bemerkung:

Falls der Antragsteller im Ausland wohnt, genaue Bezeichnung eines in Deutschland lebenden Vertreters, der ermächtigt ist, für ihn amtliche Papiere und Mitteilungen in Empfang zu nehmen. (Wird vom Antragsteller kein Vertreter benannt, so bestellt die Wiedergutmachungsbehörde einen solchen.)

Rechtsanwalt Dr. Hermann Wilmanns, Hamburg-Blankenese, Bankstrasse 31, ist vom Antragsteller Generalvollmacht erteilt.

I/We certify that the above statement is true according to my/our knowledge and belief.
Obige Angaben entsprechen nach meinem/unserem besten Wissen und Gewissen den Tatsachen.

Signed

Unterschrift

**als Generalbevollmächtigter
des Antragstellers.**

Date
Datum

22. Dezember 1946.

Oberfinanzdirektion
Hamburg

Hamburg, den 15. Juni 1951

- 0 5210 - W 13 -
0 5205

V 115 d (früher P 55 d)

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

Aktenzeichen: VI/Z 678 - 2 -

Bei allen Eingaben angeben

An die

Oberfinanzdirektion Hamburg,

H a m b u r g 11
Rödingsmarkt 83

209
Hamburg 36, den 6. Juni 1951
Sievekingplatz 1 (Anbau) Zimmer 837a
Fernsprecher: 35 17 31

11. Juni 1951

45
46
Betr.: Rückerstattungssache Dr. Rudolf Warburg

Bezug: 1. Dortiges Schreiben vom 20. Juni 1950 - 0 5210 - W 13 - P 55 d -
2. Schreiben des hiesigen Amtes vom 22. Mai 1951

Im Nachgang zu o.a. Bezugsschreiben zu 2. wird gebeten, nunmehr auch hinsichtlich

- 31
d) der Reichsfluchtsteuer und
e) des Versteigerungserlöses aus dem Umzugsgut,

45
Ihre Stellungnahme vom 20. Juni 1950 zu überprüfen und gegebenenfalls mitzuteilen, in welcher Höhe und zu welchem Zeitpunkt die Entziehung anerkannt wird, damit auch bezügl. dieser Ansprüche evtl. ein RM-Feststellungsbeschluss erlassen werden kann.

Im Auftrage:

Handthe
(Standke), Sachbearbeiter.

I.G. Verdr. (W) Nr. 2 6000. 3. 51 E0708

I. A.

14. Juni 1951

Oberfinanzdirektion
Hamburg

Hamburg, den

15. Juni

1951

- 0 5210 - W 13 -
~~0 5205~~

V 115 d (früher P 55 d)

Aktenvermerk

14.6.1951.

0 5210-W 13-V 115 d

209

32 Rs
26-33

Brutto-Versteigerungserlös

RM 1.718.35.

Versteigerungsprotokoll Bobsien liegt vor, die Durchsicht ergibt, dass, selbst wenn es sich um einen Verhältnismässig alten Hausstand gehandelt haben sollte, sehr niedrige Preise erzielt worden sind, sodass das ~~etwa~~ 2 1/2-fache des o.a.-erlöses gerechtfertigt erscheinen dürfte = RM 4.000.-

H. Rothe

I. A.

[Signature]

4. Juni 1951

210/54

Oberfinanzdirektion
Hamburg

Hamburg, den 15. Juni 1951

- O 5210 - W 13 -
O 5205

V 115 d (früher P 55 d)

Vfg.

Kanzl. am: 15.6.1951 Nr. 1-2
Betr.: 1. Kanzl. fertige von dem Schreiben zu 2) eine Reinschrift
und 3. Abschriften. Davon sind 2 Abschriften der Reinschrift
beizufügen, 1 Abschrift ist für die Akte bestimmt.

2.) An das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg
Betr.: Rückerstattungssache : Dr. Rudolf W a r b u r g

Bezug: dort. Schreiben v. 6.6.1951.Akt.-Zeich.
VI/Z 678-2Anlagen: 2

Auftrag gem. o. a.
Zu dem mit Bezugschreiben übersandten Schrift-
satz des Berechtigten nehme ich wie folgt Stellung:

(siehe Anlage)(Rücks.)

3.) V 115 c z.d.A. mit Abschrift des Schreibens zu 2).

I. A.

14. Juni 1951

1.) Reichsfluchtsteuer.

4642 Lt.Mitteilung des Finanzamts Hamburg-Altstadt vom 14.6.1950 ist Reichsfluchtsteuer in Höhe von ~~RM 8.094.-~~ ^{5.12.39 mit 8094.-} entrichtet worden. Ich bin daher damit einverstanden, dass ein Beschluss ergeht, in dem festgestellt wird, dass das Deutsche Reich schadenersatzpflichtig ist in Höhe von RM 8.094.-; Zeitpunkt der Entziehung: 5.12.1939.

2.) Versteigerungserlös.

3123 Die durch den Versteigerer, Gerichtsvollzieher Bobsien, am 5.6.1941 im Auftrage der Gestapo durchgeführte Versteigerung hat einen Brutto-~~erlös~~ ^{erlös} von RM 1.718.35 erbracht, wie mit Schreiben vom 20.6.1950 mitgeteilt.

In Abänderung der Stellungnahme vom 20.6.1950 ist die Oberfinanzdirektion Hamburg mit folgendem Beschluss einverstanden:

"Es wird festgestellt, dass das Deutsche Reich zum Schadenersatz in Höhe von RM 4.000.- für entzogenen Hausrat verpflichtet ist. Zeitpunkt der Entziehung: 5.6.1941. Der Antragsteller wird verpflichtet, alle Ansprüche gegen die Käufer der versteigerten Gegenstände an den Antragsgegner abzutreten."

In der Rückerstattungsache

des -der Dr. Rudolf W a r b u r g, West Horsley, England,

Antragstellers

Zustellungs- Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Hermann W i l l m a n n s
Hamburg-Blankenese, Bahnhofstr. 31,
g e g e n

das D e u t s c h e R e i c h

gesetzlich vertreten durch die Hansestadt Hamburg - Finanzbehörde -
diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion Hamburg, Hamburg 13,
Magdalenenstr. 64 a - O 5210 - W 13 - V 115 d -

Oberfinanzdirektion Hamburg

O 5210 - W 13 - V 115 d (früher P 55 d) (24a) Hamburg 11, 15. Juni 1951

Rüdigsmarkt 89 / Fernsprecher 34 10 04

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und Gegenstand
dieses Schreibens in der Antwort anzugeben!

An das

Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg

H a m b u r g

Betrifft: Rückerstattungsache: Dr. Rudolf W a r b u r g
Bezug: dort. Schreiben v. 6.6.1951 Akt.-Zeich. VI/2 678-2
Anlagen: 2

Zu der Anfrage gem. o.d. Bezugsschreiben nehme ich wie
folgt Stellung:

1.) Reichsfluchtsteuer

Lt. Mitteilung des Finanzamts Hamburg-Altstadt vom 14.6.
1950 ist Reichsfluchtsteuer durch Berichtigungsbescheid vom 5.12.39
auf 8094,- festgesetzt worden. In dieser Höhe ist sie entrichtet
worden. Ich bin daher damit einverstanden, daß ein Beschluß ergeht,
in dem festgestellt wird, daß das Deutsche Reich schadenersatz-
pflichtig ist in Höhe von RM 8.094,-; Zeitpunkt der Entziehung:
5.12.1939.

2.) Versteigerungserlös.

Die durch den Versteigerer, Gerichtsvollzieher Bobzien,
am 5.6.1941 im Auftrage der Gestapo durchgeführte Versteigerung
hat einen Brutto-Erlös von RM 1.713,35 erbracht, wie mit Schreiben

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluss kann Einspruch eingelegt werden. Die Einspruchs-
frist beträgt für Beteiligte, die im Ausland wohnen, 3 Monate, im übrigen
1 Monat; sie beginnt mit der Zustellung dieses Beschlusses. Der Ein-
spruch kann nur darauf gestützt werden, dass die anzufechtende Ent-
scheidung auf einer Verletzung des Art. 53 Abs. 1 Satz 2 oder des
Art. 54 Abs. 1 oder 2 REG beruhe.

gez.: Dr. Lewald

Für richtige Ausfertigung:

Justizangestellter

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

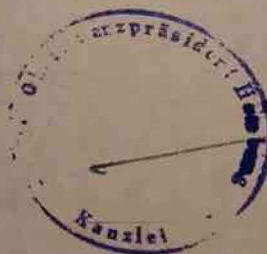
Lt.Mitteilung

21.42
vom 14.6.1950 ist Reichsfluchtsteuer in Höhe von RM 4.000,- entrichtet worden. Ich bin daher damit einverstanden, ein Beschluss ergeht, in dem festgestellt wird, dass das Deutsche Reich schadenersatzpflichtig ist.

vom 20.6.1950 mitgeteilt.

In Abänderung der Stellungnahme vom 20.6.1950 ist die Oberfinanzdirektion Hamburg mit folgendem Beschluß einverstanden:
"Es wird festgestellt, dass das Deutsche Reich zum Schadenersatz in Höhe von RM 4.000,- für entzogenen Hausrat verpflichtet ist. Zeitpunkt der Entziehung: 5.6.1941. Der Antragsteller wird verpflichtet, alle Ansprüche gegen die Käufer der versteigerten Gegenstände an den Antraggegner abzutreten."

Im Auftrag
gez. Rebeling



Beglaubigt

Zollinspektor

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg
Aktenzeichen: VI/Z 678 - 4 -

(früher: VI/Z 678 - 2 -) B e s c h l u s s

28.11.51
Hamburg 36, den 16. November 1951
Sievekingplatz 1, Anbau III. Stock
Zimmer 833, Tel.: 35 1731/APP. 327

In der Rückerstattungssache
des --der Dr. Rudolf W a r b u r g, West Horsley, England, Antragstellers

~~Zustellungs-~~ Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Hermann W i l m a n n s
Hamburg-Blankenese, Bahnhofstr. 31,
g e g e n

das D e u t s c h e R e i c h
gesetzlich vertreten durch die Hansestadt Hamburg - Finanzbehörde -
diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion Hamburg, Hamburg 13,
Magdalenenstr. 64 a - o 5210 - W 13 - V 115 d -

Antragsgegner

beschliesst das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg
durch den Landgerichtsrat Dr. L e w a l d :

~~I. Dem --der-- den Antragsteller~~ wird

~~als Zustellungsbevollmächtigter gemäss Art. 50 Abs. 3 Satz 2 REG~~
~~beigeordnet.~~

II. Es wird festgestellt, dass

- a) der Antragsgegner verpflichtet ist, dem --der-- den
Antragsteller wegen Entziehung von Vermögenswerten -
wie unten angegeben - Ersatz gemäss ~~Art. 25~~ - Art. 26 -
Abs. 2 REG zu leisten,
- b) die Ersatzleistung ohne die Währungsreform - wie weiter
unten angegeben - zu beziffern wäre,
- c) die Ersatzpflicht als an dem - den - ebenfalls unten angegebenen
Tag eingetreten gilt.

- a) Umzugsgut ;
- b) RM 4.000,- ;
- c) 5. Juni 1941.

*hier Rückläuf in Anf-
gaben!*

hier Del. 407 g. 1.11.52


II. Der Antragsteller wird verpflichtet, dem Antragsgegner diejenigen
Ansprüche abzutreten, die er wegen Entziehung der genannten Ver-
mögenswerte gegen dritte Personen geltend machen könnte (§ 255 BGB).

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluss kann Einspruch eingelegt werden. Die Einspruchs-
frist beträgt für Beteiligte, die im Ausland wohnen, 3 Monate, im übrigen
1 Monat ; sie beginnt mit der Zustellung dieses Beschlusses. Der Ein-
spruch kann nur darauf gestützt werden, dass die anzufechtende Ent-
scheidung auf einer Verletzung des ~~Art. 53~~ Abs. 1 Satz 2 oder des
Art. 54 Abs. 1 oder 2 REG beruhe

gez.: Dr. Lewald

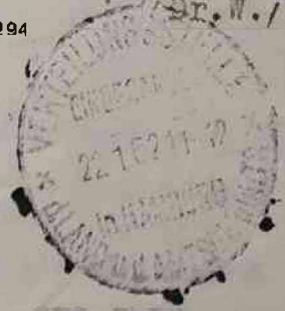
Für richtige Ausfertigung:


Justizangestellter
als Urkundsbeamt der Geschäftsstelle

DR. HERMANN WILMANNS
Rechtsanwalt und Notar
DR. HERM. BAUERMEISTER
Rechtsanwalt

BEGLAUBIGTE ABSCHRIFT

HAMBURG-BLANKENESE, den 21. Jan. 1952
Bahnhofstraße 31
Fernspr.: Hamburg 460294
Dr. W./Hi.



An das

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht

H a m b u r g 36

In Rückerstattungssachen

Dr. Rudolf W a r b u r g
(Dres. Wilmanns u. Bauer-
meister)

Deutsches Reich
Oberfinanzdirektion Hamburg
O 5210 - w 13 - V 115 d

VI/Z 678 - 4 -

früher: VI/Z 678 - 2 -

Zur Begründung des am 1.12.1951 eingelegten Einspruchs ist zu-
nächst folgendes vorzutragen:

Wie sich aus dem Schriftsatz der Antragsgegnerin vom 15.6.1951
ergibt, ist bei Abgabe der Anerkenntniserklärung in Höhe von
RM 4.000,- von einem Bruttoversteigerungserlös von nur RM 1.718,35
ausgegangen. Tatsächlich ist aber aus der Versteigerung vom 20.5.41
ein Bruttoerlös von RM 3.157,90 erzielt worden.

Beweis: Beglaubigte Abschrift des Verstei-
gerungsprotokolls v. 20.5.1941
57 D.R. Nr. 36/41
G.V. B o b s i e n ,

das ich erforderlichenfalls vorlegen kann. Entsprechend dem von
der Antragsgegnerin anerkannten Verhältnis von 1.718,35 : 4.000,-
wird bei einem nachgewiesenen Bruttoerlös von RM 3.157,90 abzüg-
lich des der Sozialbehörde kreditierten Betrages von RM 770,- (s.
MGAF/C Nachtragsanm. v. 13.6.1950) der Ersatzwert im Sinne von Art. 26
Abs. 2 REG anstatt auf nur RM 4.000,- auf mindestens RM 6.000,- fest-
zustellen sein. Die Entscheidung über den Anspruch bitten wir jedoch
vorerst zurückzustellen, bis festgestellt ist, ob die von der So-
zialbehörde im Versteigerungsverfahren übernommenen Mobilien (s.
Schriftsatz v. 30.11.1951) zurückgegeben werden können.

Beglaubigt zwecks Zustellung

Für den Antragsteller:

DIE RECHTSANWÄLTE

DRES. WILMANNS u. BAUERMEISTER

(gez.) Dr. Wilmanns

RECHTSANWALT

An das

Wiedergutmachungsamt
b. Landgericht Hamburg



Abschrift

Oberfinanzdirektion Hamburg

0 5210 - W 13 - V 115 d

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und Gegenstand
dieses Schreibens in der Antwort anzugeben!

Postanschrift:

404

Hamburg 11, 8. Februar 1952
Rödingsmarkt 83 / Fernsprecher 34 10 04

Dienststelle: Wiedergutmachung
Hamburg 13, Magdalenenstr. 64a

An das
Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg
H a m b u r g

Betr.: Rückerstattungssache Dr. Rudolf Warburg

Bezug: dort. Schreiben v. 28.1.52 Az. VI/2 678 - 4 -

Anlagen: 2

In dem mir mit Bezugsschreiben übersandten Schriftsatz des
Berechtigten vom 21.1.1952 nehme ich wie folgt Stellung:

Ungeachtet
sofern die vom Antragsteller bei der Sozialbehörde beabsichtigten
Nachforschungen negativ verlaufen, bin ich bereit, einen ~~an-~~ Fest-
stellungsbeschluss einen Betrag von 6000,- RM
- Tag der Entziehung 5.6.1941 - zugrunde zu legen.

Im Auftrag
gez. Sillem



DIE RECHTSANWÄLTE
DRS. WILMANNS u. BRÄUERMEISTER

durch

(gez.) Dr. Wilmanns

RECHTSANWALT

Wilmanns
Rechtsanwalt

L. Q. A.
Ja. 1.11.52



An das

Wiedergutmachungsamt
b. Landgericht Hamburg

BEGLAUBIGTE ABSCHRIFT

DR. HERMANN WILMANNS
Rechtsanwalt und Notar

DR. HERM. BAUERMEISTER
Rechtsanwalt

bei dem Landgericht Hamburg und
d. Hanseatischen Oberlandesgericht

Bank- und Postscheckkonten:

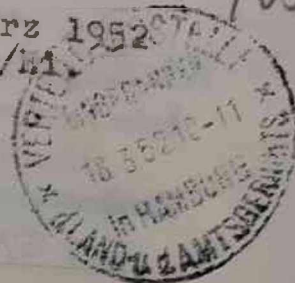
Hansa Bank
Westholsteinische Bank
Hamburger Sparcasse von 1827, Konto-Nr. 65/365
Vereinsbank - sämtlich Hamburg-Blankenese
Postscheck: Hamburg Nr. 643 96

HAMBURG-BLANKENESE, den 17. März 1952
Bahnhofstraße 31
Fernspr.: Hamburg 46 02 94

Dr. W. / H1.

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht

H a m b u r g 36



In Rückerstattungssachen

Dr. Rudolf W a r b u r g
(Dres. Wilmanns u. Bauermeister)

Deutsches Reich/
Oberfinanzdirektion Hamburg
O 5210 - W 13 - V 115 d

VI/Z 678 - 4 -

Unter Bezugnahme auf die inzwischen eingegangene Erklärung der Oberfinanzdirektion (s. Schriftsatz v. 8.2.1952) wird mitgeteilt, dass der Anspruch gegen den Feststellungsbeschluss vom 16.11.1951 nicht zurückgenommen wird.

Die Erklärung der Finanzbehörde bzw. Sozialbehörde zur Sache VI/Z 678 - 9 - bleibt abzuwarten.

Beglaubigt zwecks Zustellung

[Handwritten signature]
Rechtsanwalt

Für den Antragsteller
DIE RECHTSANWÄLTE
DRES. WILMANNS u. BAUERMEISTER
durch
(gez.) Dr. Wilmanns
RECHTSANWALT

DIE RECHTSANWÄLTE
DRES. WILMANNS u. BAUERMEISTER
durch
(gez.) Dr. Wilmanns
RECHTSANWALT

[Handwritten signature]
Rechtsanwalt

[Handwritten signature]
Dr. A. M. S.

DR. HERMANN WILMANNS

Rechtsanwalt und Notar

DR. HERM. BAUERMEISTER

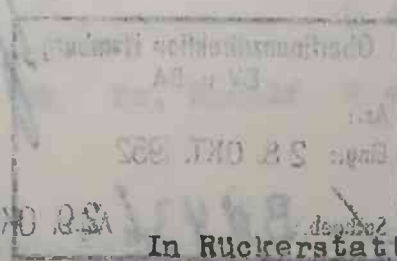
Rechtsanwalt

HAMBURG-BLANKENESE, den 16. Okt. 1952
Bahnhofstraße 31
Fernspr.: Hamburg 460294



An das

Wiedergutmachungsamt
b. Landgericht Hamburg



- 9 - 870 E/IV :medot-1952

H a m b u r g

Operativdirektion

In Rückerstattungssachen

Dr. Rudolf Warburg

(Dres. Wilmanns u. Bauermeister)

Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde

VI / Z 678 - 9 -

zur Kenntnisnahme übersandt

Der mit Schriftsatz vom 6.6.1952 gegenüber der Sozial-
behörde gestellte Feststellungsantrag wird nunmehr z u -
r ü c k g e n o m m e n , nachdem die Oberfinanzdirektion
Hamburg zur Sache: VI/Z 678 - 4 - mit Schriftsatz vom 8.2.
1952 wegen entzogenen Umzugsgutes eine Schadensersatzpflicht
des Deutschen Reiches in Höhe von insgesamt RM 6.000,-- an-
erkannt hat.

Das mit Schriftsatz vom 6.6.1952 auf der Geschäftsstel-
le niedergelegte Versteigerungsprotokoll des Gerichtsvoll-
ziehers Bobsien vom 20.5.1941 - 57 DR.Nr. 36/41 - bitten wir,
uns zurückzugeben.

Für den Antragsteller

DIE RECHTSANWÄLTE
WILMANNS u. BAUERMEISTER

durch
(gez.) Dr. Wilmanns

RECHTSANWALT

T. Wilmanns
Rechtsanwalt

L. A. A.
Ja. 1.11.52

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht in Hamburg

Aktenzeichen: VI /Z 678-4--

(Bitte bei allen Eingaben angeben).

(fr.bearbeitet in VI/Z 678-2-)

Hamburg, den 24. Oktober 1952
Sievekingplatz, Ziviljustizgebäude, Anbau, III. Stock
Zimmer 837a, Tel. 35 17 31

Oberfinanzdirektion Hamburg
BV u. EA

Az.:

Eing.: 28. OKT. 1952

Sachgeb.: B443/6 Anl.:

Beschluß

In der Rückerstattungssache

29. OKT. 1952

des - ~~der~~ - Dr. Rudolf Warburg, West Horseley, England
Antragsteller

Zustellungs-Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Hermann Wilmanns,
Hamburg-Blankenese, Bahnhofstr. 31
gegen

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch die Hansestadt Hamburg - Finanzbehörde - ,
diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion Hamburg, Hamburg 11, Rödingsmarkt 83,

Aktenzeichen: O 5210 - W 13 - V 115 d

Antragsgegner,

beschließt das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht in Hamburg
durch die Assessorin J a n n s e n :

I. Dem - der - den Antragsteller wird

Auf den Einspruch des Antragstellers vom 30.11.1951 wird der ange-
als Zustellungsbevollmächtigter gemäß Art. 50 Abs. 3 Satz 2 REG. beigeordnet.

fochtene Beschluss v. 16.11.1951 aufgehoben und anderweitig dahin
erkannt: II. Es wird festgestellt, daß

- a) der Antragsgegner verpflichtet ist, dem - der - den Antragsteller wegen Entziehung von Vermögenswerten - wie unten angegeben - Schadensersatz gemäß Art. 26 Abs. 2 REG. zu leisten,
- b) der Schaden wie weiter unten angegeben zu beziffern ist,
- c) der Schaden an dem ebenfalls unten angegebenen Tage eingetreten ist.

a) Unzugegut ✓

b) RM 6.000.- ✓

c) 5.6.1941. ✓

Die Erfüllung des Anspruchs bestimmt sich nach der
künftigen bundesgesetzlichen Regelung der Reichsver-
bindlichkeiten.

kt 83
1951
chung
64a

Landgericht Hamburg
- Wiedergutmachungsamt -
Az.: WIK
VI/Z 678 U.A. -4-

Hamburg, den

1957

Oberfinanzdirektion HZ 55 NOV 1957
BV u. BA
Az.:
Eing.: 2 6. NOV. 1957
Sachgeb.: 32
Am 19. NOV. 1957

409

An die
Oberfinanzdirektion Hamburg
H a m b u r g 13
Hartungstr. 5

Betr.: Rechtskraftbescheinigung

O 1488 - W 13

BV 32/ 339

In der Rückerstattungssache

Dr. Rudolf W a r b u r g

./.. Deutsches Reich

wird hiermit bescheinigt, dass der Beschluss
des Wiedergutmachungsamts/~~der Wiedergutmachungskammer/
des Hanseatischen Oberlandesgerichts vom 24.10.1952~~

Az.: VI/Z 678 -4- (fr.bearbeitet in VI/Z 678 -2-)

rechtskräftig geworden ist.



Der Urkundsbeamte
der Geschäftsstelle

[Signature]
Stellvertreter

HERMANN WILMANN'S
Rechtsanwalt und Notar

HERM. BAUERMEISTER
Rechtsanwalt

bei dem Landgericht Hamburg und
dem hessischen Oberlandesgericht

Konto- und Postcheckkonten:
Commerz- und Disconto-Bank AG

Deutsche Reichsbank

Hamburger Sparkasse von 1827, Kto.-Nr. 65/365

Kreditbank - sämtlich Hamburg-Blankenese
Postbank Hamburg Nr. 643 96

HAMBURG-BLANKENESE, den
Bahnhofstraße 31
Fernspr.: Hamburg 86 02 94
Gerichtsfach 483

19. Febr. 57
Dr. W/Pe

An die

Oberfinanzdirektion

Oberfinanzdirektion Hamburg

OV G. SA

H a m b u r g 13

Hartungstr. 5

Az:

Eing.: 20. FEB. 1957

Sache:

33 21. FEB. 1956

betr. Dr. Rudolf Warburg
ehem. Rechtsanwalt u. Notar
West-Horsley, Surrey

Durch Beschluss vom 16.11.51 -LG. Hamburg-Wiedergutmachungsamt
VI.Z 678-2 ist festgestellt, dass das Deutsche Reich verpflichtet
ist, dem vorbezeichneten Antragsteller Schadensersatz in Höhe
von RM 16.318,85 zu leisten.

Gleichfalls ist durch Beschluss vom 6.6.52 -LG. Hamburg-Wiedergut-
machungsamt - VI Z 675-5 - festgestellt, dass das Deutsche Reich
verpflichtet ist, dem Antragsteller Schadensersatz in Höhe von
weiteren RM 2.128,20 zu leisten. *für 2. f. f. f.*

Durch Beschluss vom 24.10.52 - LG Hamburg-Wiedergutmachungsamt
-VI Z 678/4 ist dann die Schadensersatzpflicht des Deutschen
Reiches wegen weiterer RM 6.000.- festgestellt worden. *ausg. 1956*

Weiter ist durch Beschluss vom 1.12.52 -LG Hamburg-Wiedergutmachungs-
amt -VI Z 678-3 - 2 Wik 582/32 - festgestellt, dass das Deutsche
Reich verpflichtet ist, dem Antragsteller den Verlust von
RM 2.034,50 zu ersetzen.

In Vollmacht des Antragstellers, als dessen Generalbevollmächtigter
ich legitimiert bin, bitte ich auf die vorbezeichneten Entschei-
dungen um Zahlung entsprechender V o r s c h ü s s e, im Ver-
hältnis von 10 : 2 umgestellt auf:

RM 16.318,85	=	DM 3.263,75
2.128,20	=	DM 425,65
6.000.-	=	DM 1.200.-
-2.034,50	=	DM 406,90

insges. DM 5.296,30

um deren Ueberweisung auf lib. Kapitalkonto des Antragstellers
beim Bankhaus Brinckmann Wirtz & Co. in Hamburg ich hiermit
bitten darf.

Hochachtungsvoll

Krüger

Rechtsanwalt

als Generalbevollmächtigter

1. Herrn Groß u. G. 22/1.57
2. Herrn Zark
An 22/11

3/ Darlehnsvertrag

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den
Bundesminister der Finanzen, dieser vertreten durch
den Oberfinanzpräsidenten der Oberfinanzdirektion Hamburg

Darlehnsgeber

Herrn Dr. Rudolf und ~~_____~~
6, Woodside, West Horsley, Surrey/England,
vertr. durch: Rechtsanwalt und Notar Dr. Hermann Wilms, ~~_____~~
Hamburg-Blankenese, Bahnhofstr. 34.

Darlehnsnehmer

und folgender Darlehnsvertrag geschlossen:

§ 1

- Auf Grund des Beschlusses des nachstehender Beschlusses:
- a) Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg
vom 16.11.1951 - Az.: VI/2 678 - 2 -
 - b) Landgericht Hamburg, 2. Wiedergutmachungskammer,
vom 1.11.1952 - Az.: 2 Wlk 582/52 -
 - c) Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg
vom 24.10.1952 - Az.: VI/2 678 - 5 -
 - d) Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg
vom 6.6.1952 - Az.: VI/2 678 - 5 -

steht / stehen die Darlehnsnehmer
ein rückerstattungsrechtliche(r) Geldanspruch / Geldansprüche gegen das Deutsche Reich zu. Aus diesem
Beschl. / Vergleich kann der Darlehnsgeber von einer gesetzlichen Regelung der rückerstattungsrechtlichen
Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs nicht in Anspruch genommen werden.

Ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs gewährt der Darlehnsgeber der Darlehns-
nehmer ein unverzinsliches Darlehen in Höhe von

9.611,43

DM

Neuntausendsechshundertundelf 43/100 Deutsche Mark

(in Worten:

§ 2

Das Darlehen wird durch Verrechnung
mit den nach der künftigen gesetzlichen Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten
des Deutschen Reichs jeweils fällig werdenden Beträgen des in § 1 genannten Anspruchs oder der
weiteren der Darlehnsnehmer gegen das Deutsche Reich zustehenden rückerstattungsrechtlichen
Geldansprüche getilgt.

Sollte sich herausstellen, daß die in Absatz 1 genannten Rückerstattungsansprüche nach ihrer gesetzlichen Regelung zur Tilgung des Darlehens nicht ausreichen, so kann der Darlehensgeber das restliche Darlehen mit einer Frist von 3 Monaten kündigen. In diesem Falle hat der Darlehensnehmer den seine Ansprüche übersteigenden Betrag dem Darlehensgeber mit 4% vom Tage der Darlehenszahlung an zu verzinsen.

Das Darlehen ist ohne Kündigung zurückzuzahlen, wenn die Gewährung des Darlehens auf unrichtigen Angaben des Darlehensnehmer beruht.

§ 3

Zur Sicherung des Darlehens tr 111
d. Darlehensnehmer den in § 1 genannten rückerstattungsrechtlichen Geldanspruch/Geldansprüche in Höhe des gewährten Darlehens an den Darlehensgeber ab.

Der Darlehensnehmer verpflichtet sich, die ihm gegen das Deutsche Reich zustehenden rückerstattungsrechtlichen Geldansprüche, soweit sie nicht bereits nach Abs. 1 abgetreten sind, nicht ohne ausdrückliche Genehmigung des Darlehensgebers an Dritte abzutreten oder zu verpfänden.

§ 4

Erfüllungsort für alle Verpflichtungen aus diesem Vertrage ist Hamburg.

§ 5

Sämtliche mit diesem Vertrag verbundenen Kosten trägt der Darlehensnehmer

§ 6

Die Auszahlung des Darlehens erfolgt an den Darlehensnehmer auf dessen liberalisiertes Kapitalkonto beim Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg.

§ 7

Die devisenrechtliche Genehmigung der Darlehensgewährung ist durch Bescheid der Landeszentralbank der Freien und Hansestadt Hamburg vom 13.7.1956 - Gesch.Zahl.: 796/7779/56/Sohg/Sohn.- erteilt worden.

Hamburg, den

195

Hamburg, den

Oberfinanzdirektion Hamburg

Im Auftrag

Handwritten signature: H. Hermann

4.) Kv. nach Eingang der unterschriebenen Darlehensverträge, spätestens 15.4.57.

(Brinckmann)
Oberregierungsrat

Handwritten notes:
1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

OFD Hamburg

- R 13 - BV 33 -

Vfg.

Postanschrift:

25. April 7

35

Persönliche Vorsprache:

Hamburg 13, Magdalenenstr. 64a
(Büro Wiedergutmachung) /Le.

An die

Freie und Hansestadt Hamburg

- Sozialbehörde -

Amt für Wiedergutmachung

H a m b u r g 36

Drehbahn 54

Geschrieben 25.4.52
Abgesandt 6. April 1957

Kontrollmitteilung über Darlehensgewährung

Betr.: Rückerstattungssache Dr. Rudolf Warburg,
6, Woodside, West Horsley, Surrey/England
geb. 11.10.93;
hier: Darlehensgewährung

Bezug: Ihr Az.: Wg. 1110 93 - 9 - B 7112 -

Die Oberfinanzdirektion Hamburg hat Herrn
Dr. Rudolf Warburg auf seine rückerstattungsrechtlichen
Geldansprüche ein zinsloses Darlehen in Höhe von

DM 9.611,43

gewährt.

Darlehensgrundlage:

a) Beschluss des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht
Hamburg vom 16.11.1951 - Az.: VI/Z 678 - 2 -

Bankguthaben (Vermögensverfall)

RM 4.617,35, hiervon 6,5% = DM 300,13

Judenvermögensabgabe, Barzahlung

RM 3.607,50, hiervon 6,5% = " 234,49

Reichsfluchtsteuer, Barzahlung

RM 812,94,-- , hiervon 6,5% = " 526,11

b) Beschluss des Landgerichts Hamburg, 2. Wiedergut-
machungskammer, vom 1.11.52 - Az.: 2 WIK 582/52-

Wertpapiere im Annahmewert von RM 2.034,--

(Vermögensverfall), dem Darlehen zu Grunde

gelegt = " 422,50

c) Beschluss des Wiedergutmachungsamtes beim
Landgericht in Hamburg vom 24.10.1952 -

Az.: VI/Z 678 - 5 -

Umzugsgut, Entziehungswert RM 6.000,-- = " 6.000,--

d) Beschluss des Wiedergutmachungsamtes beim
Landgericht in Hamburg vom 6.6.1952 -

Az.: VI/Z 678 - 5 -

Gold- und Silbersachen, Entziehungswert

RM 2.128,20 " 2.128,20

insgesamt DM 9.611,43

In Höhe des gewährten Darlehens hat der Darlehensnehmer seine Rückerstattungsansprüche an die Bundesrepublik Deutschland abgetreten.

Er hat sich darüber hinaus verpflichtet, die ihm gegen das Deutsche Reich zustehenden rückerstattungsrechtlichen Geldansprüche nicht ohne ausdrückliche Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland an Dritte abzutreten oder zu verpfänden.

2.) Wv. zur Austragung.

Im Auftrag

(Friedrich)

Oberregierungsrat